



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	8
3.	Griechische Zyprioten	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
4.	Türkische Zyprioten	13
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	13
	Beziehungen zur Türkei	14
	Innenpolitische Entwicklungen	15
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	15
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	16

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Nach dem Scheitern der Zypernkonferenz im Juli war die UN der Auffassung, dass nun für alle Parteien eine Periode der Reflexion nötig sei. Am 21. September hielt der griechisch-zypriotische Präsident Nicos Anastasiades eine Rede auf der 72. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York. Darin bekräftigte er seine Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, um das seit Jahrzehnten offene Problem zu lösen. Er forderte die Türkei und die türkischen Zyprioten dazu auf, einzusehen, dass eine dauerhafte Lösung nur durch Kompromisse und gegenseitigen Respekt und nicht durch die Fokussierung auf fehlgeschlagene Versuche gefunden werden könne. Obwohl er sich nicht an den üblichen gegenseitigen Beschuldigungen beteiligen wolle, führe er das Scheitern der Gespräche in der Schweiz „ausschließlich auf die unnachgiebige Haltung der Türkei zurück, die nicht bereit war, einen wahrhaft unabhängigen, souveränen und normalen Staat zu gründen, sondern durch ihre Vorschläge, Zypern zu einem türkischen Protektorat degradieren will.“ Dies habe sich deutlich von der „konstruktiven Haltung“, welche die griechisch-zypriotische Regierung in Crans Montana vertreten habe unterschieden, die im Einklang mit den durch den UN-Generalsekretär gesetzten Rahmenbedingungen standen. Laut Anastasiades habe die Türkei eine unnachgiebige Haltung eingenommen, indem sie auf die Aufrechterhaltung des Garantiemächtevertrages und das damit verbundene Interventionsrecht sowie die ständige Stationierung türkischer Soldaten bestanden habe. Dies stehe in eklatantem Gegensatz zu

den Rahmenbedingungen des UN-Generalsekretärs und den Positionen der beiden anderen Garantiemächte. Die Türkei solle sich nun an vertrauensbildenden Maßnahmen beteiligen, so Anastasiades. Diese beinhalteten die Rückgabe Varoshas und die Rückkehr der rechtmäßigen Eigentümer. Auf diese Weise könne ein positives Klima geschaffen werden, in dem die Verhandlungen wiederaufgenommen werden könnten, um eine umfassende Lösung zu erreichen.

Nach seiner Rede vor der UN-Generalversammlung trafen sich am 22. September Präsident Anastasiades und UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Außenminister Ioannis Kasoulides, Regierungssprecher Nikos Christodoulides und der griechisch-zypriotische Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis sowie der ständige Vertreter der Republik Zypern bei den UN, Kornelios Korneliou, nahmen ebenfalls an dem Treffen teil. Während des Treffens thematisierte Anastasiades einige Punkte wie z.B. die türkischen Drohungen und Übergriffe innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns. Des Weiteren diskutierten Anastasiades und Guterres den Bericht über die „Guten Dienste“ der Vereinten Nationen auf Zypern, also die Unterstützung des Verhandlungsprozesses durch die UN, welcher dem Sicherheitsrat vorgelegt werden soll.

Auf einem Treffen am 23. September tauschte sich Guterres ebenfalls mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci über den derzeitigen Stand der Zyperngespräche und deren mögliche Entwicklungen aus. Nach seiner Rückkehr aus New York erklär-

te Akinci, dass der UN-Generalsekretär die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Gespräche nach den Wahlen im Süden evaluiere. Akinci betonte ebenfalls, dass die türkisch-zypriotische Seite einen offenen Prozess, der sich nicht auf eine Lösung hinbewege, nicht unterstützen werde und äußerte, dass er keine baldige Wiederaufnahme der Gespräche erwarte. Akinci traf sich auch mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu, um nach den gescheiterten Verhandlungen in Crans Montana die nächsten Schritte abzuwägen.

Am 25. September – nach den getrennten Treffen zwischen Guterres und Anastasiades bzw. Akinci – wiederholte der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, dass der Generalsekretär in der Zypernfrage zur Verfügung stehe, wenn alle Parteien bereit dazu seien, sich an ihn zu wenden.

Nach dem Treffen mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres sagte Akinci auf einer Pressekonferenz im UN-Hauptquartier, dass eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche im Hinblick auf die anstehenden griechisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen nicht „förderlich“ sei. Er fügte hinzu, dass zukünftige Gespräche befristet und lösungsorientiert sein sollten, da die Verhandlungen nicht ergebnisoffen weitergeführt werden könnten. Des Weiteren habe er Guterres gegenüber klargemacht, dass die „ungerechtfertigte Isolierung der türkischen Zyprioten“ beendet werden müsse. Künftige Verhandlungen seien zum Scheitern verurteilt, wenn die griechischen Zyprioten nicht gewillt seien, die politische Gleichstellung der türkischen Zyprioten zu akzeptieren. Diese Hal-

tung sei ein Grund für das Scheitern aller vorherigen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts und habe sich unter anderem bei der Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyprioten gezeigt. Laut Akinci lehnten die griechischen Zyprioten eine gemeinsame Machtausübung ab, da sie von der internationalen Gemeinschaft in den vergangenen 50 Jahren als die einzig rechtmäßige Regierung Zyperns betrachtet worden seien. „Solange wir uns nicht auf eine gemeinsame Machtausübung verständigen können und die Vorstellung von zwei politisch gleichwertigen Einheiten akzeptieren, d.h. zwei gleichwertige Gliedstaaten, und dass es eines Tages möglicherweise einen türkisch-zypriotischen Präsidenten in einem vereinten Zyperns gibt, kommen wir nicht voran,“ betonte Akinci.

Delegationen der Republikanisch Türkischen Partei (CTP) und der AKEL trafen sich unter der Leitung ihrer Vorsitzenden in der Parteizentrale der CTP im Nordteil Nikosias. Beide Parteien betonten ihr Bekenntnis zu den bestehenden Rahmenabkommen der UN und erklärten, dass eine bizonale, bikommunale Föderation auf der Basis politischer Gleichstellung das beste Modell für eine Lösung sei. Dies rief Kritik von Seiten des türkisch-zypriotischen Außenministers Tahsin Ertugurlogu hervor. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte er, dass das Treffen in Crans Montana ergebnislos geendet habe. Außerdem sei der seit fünfzig Jahren bestehende Verhandlungsprozess, welcher auf den Bedingungen der UN mit Hinblick auf eine föderale Lösung beruht habe, beendet worden. Diese Tatsache sei auch von Präsident Akinci bekräftigt worden. Dies sei die offizielle Sicht

der Regierung und des Mutterlandes Türkei. Wenn Aufrufe nach dem „Aufrechterhalten der Hoffnung“ für eine föderale Lösung wiederholt würden, gleiche dies einer Wiederholung der letzten – erfolglosen – fünfzig Jahre. Die „TRNZ“¹ werde von nun an ihr Schicksal gemeinsam mit der Türkei selbst bestimmen. Es sei die Zeit gekommen, neue Optionen zu diskutieren.

Des Weiteren sagte Ertugruloğlu in einem Interview der Voice of America in New York, dass es von Seiten der UN nicht richtig sei, auf einen Verhandlungsprozess zu bestehen, der seit fünfzig Jahren erfolglos geführt werde. Neue Verhandlungen sollten zwischen den beiden Staaten auf der Basis politischer Gleichstellung geführt werden. Ertugruloğlu machte deutlich, dass ein Prozess, welcher die griechischen Zyprioten als die Vertreter eines Staates und die türkischen Zyprioten als eine Volksgruppen-gemeinschaft anerkenne, nicht wiederaufgenommen werde. Den türkischen Zyprioten seien fünfzig Jahre ihres Lebens gestohlen worden, man werde sich keine weiteren fünfzig Jahre wegnehmen lassen.

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan gab seiner Enttäuschung über die gescheiterten Zyperngespräche als Ergebnis der griechisch-zypriotischen Haltung Ausdruck. In einer Rede auf der 72. UN-Generalversammlung sagte Erdoğan, dass die Türkei alles in ihrer Macht Stehende unternehme, um eine Lösung in Zypern herbeizuführen. Man tue was man könne, damit die kürzlich entdeckten Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer zu Frieden, Stabilität und Wohlstand beitragen. Man werde alle Lösungsvorschläge unterstützen, welche die Rechte der türkischen Zyprioten gewährleisten.

Mit Bezug auf diplomatische Quellen aus der Türkei berichtete die zypriotische Nachrichtenagentur CNA, dass die Türkei derzeit nicht bereit sei, irgendwelche Schritte in der Zypernfrage zu unternehmen. Dies teilte der türkische Präsident Erdoğan dem UN-Generalsekretär am Rande der UN-Generalversammlung in New York mit. Informierte Kreise in der UN berichteten laut CNA, dass Ankara die Ergebnisse der Wahlen in Deutschland und Österreich abwarten wolle, um ein klareres Bild von den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei zu gewinnen, bevor eine Entscheidung in der Zypernfrage getroffen werde.

Regierungssprecher der Republik Zypern Nicos Christodoulides sagte am 25. September im zypriotischen Fernsehen, dass es für die Wiederaufnahme der Zyperngespräche keinen Zeitrahmen gebe. Obwohl Christodoulides erwähnte, dass eine Wiederaufnahme im Oktober oder November möglich sei, erklärte er, dass die türkisch-zypriotische Seite vor den Präsidenten-

schaftswahlen im Süden keine weiteren Schritte erwarte. Christodoulides betonte darüber hinaus, dass man aus den Treffen zwischen Anastasiades und dem UN-Generalsekretär in New York und weiteren Gesprächen am Rande der Generalversammlung schließen könne, dass die Türkei offensichtlich nicht an einer schnellen Wiederaufnahme der Gespräche interessiert sei.

Die „TRNZ“ kündigte an, dass sie vom 1. Oktober an Einfuhrzölle auf Güter, welche die UN an die im Norden lebenden griechischen Zyprioten und die Maroniten liefert, erheben werde. Das Außenministerium wolle damit die politische Ausbeutung dieser Frage beenden und den illegalen Verkauf der Güter verhindern. Durch die Lieferung wolle man den Eindruck vermitteln, dass diese Menschen in einer Enklave lebten und die UN Güter des täglichen Bedarfs an diese Menschen liefern müsse. Es sei seit Langem bekannt, dass die griechischen Zyprioten und die Maroniten diese Güter, welche sie eindeutig nicht brauchten, an türkische Zyprioten verkauften.

Des Weiteren könne sich jeder frei bewegen, während die UN-Konvoys den Eindruck vermittelten, dass die griechischen Zyprioten in einem besetzten Gebiet eingeschlossen seien. Die UN bezeichnete die türkisch-zypriotische Entscheidung als bedauernswert und erklärte, dass humanitäre Hilfe auf einem breiten, seit langem bestehenden Einverständnis beider Seiten beruhe, welches in den Wiener III Vereinbarungen festgelegt worden sei. Ertugruloglu sagte darüber hinaus am Rande der UN-Generalversammlung, dass die UN-Friedensmission, wel-

che seit 1964 in Zypern tätig ist, sich an eine selbstbewusstere türkisch-zypriotische Verwaltung gewöhnen müsse.

Zwanzig politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisation von beiden Seiten veröffentlichten auf einer Pressekonferenz eine gemeinsame Erklärung zum Weltfriedenstag, in der die zwei politischen Führungen aufgefordert wurden, ihre gegenseitigen Beschuldigungen zu beenden und sich zum Wohle aller Zyprioten gegen den äußeren Druck zur Wehr zu setzen.

Ca. 600 Pilger aus dem Norden besuchten die Moschee Hala Sultan Tekke in Larnaka während des Opferfestes Eid Ul Adha. Die Pilgerfahrt fand unter der Leitung des türkisch-zypriotischen Mufti Talip Atalay (dem Direktor der Religionsbehörde) und mit der Unterstützung von Erzbischof Chrysostomos im Rahmen des religiösen Teils des zypriotischen Friedensprozesses statt. Die Schirmherrschaft der Reise übernahm die schwedische Botschaft (RTCYPP). Die religiösen Häupter hatten zuvor vereinbart, jährlich drei Pilgerfahrten zur Hala Sultan Moschee anlässlich der religiösen Feste Eid Al Fitr, Eid Ul Adha und Mawlid ul-Nabi zu gemeinsam vereinbarten Terminen zu organisieren. Innerhalb dieser Vereinbarung können auch türkische und Staatsbürger anderer Länder, welche die Grenze normalerweise nicht passieren dürfen, das Heiligtum besuchen.

Ein Team des Komitees für Vermisste Personen (CMP) in Zypern hielt in London Treffen mit Vertretern des Außen- und Commonwealth-Ministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Nationalarchivs sowie mit Abgeordne-

ten des britischen Parlaments, die ein Interesse an Zypern haben, ab. Der Besuch war Teil einer größeren Strategie des CMP, um zusätzliche Informationen über mögliche Grabstätten in den Archiven von zwölf Ländern und zwei internationalen Organisationen zu finden, welche zwischen 1963 und 1964 sowie 1974 in Zypern tätig waren.

Das Außenministerium der Republik Zypern begann damit, eine Direktive umsetzen, welche die Beamten bei der Passkontrolle autorisiert, Bürger aus nicht-EU-Staaten, die an zypriotischen Flughäfen ankommen und im Norden in von ursprünglich griechischen Zyprioten gebauten Hotels übernachten wollen, zurückzuweisen. Die Liste beinhaltet 206 Hotels. 15 libanesische Touristen wurden zurückgeschickt, nachdem sie angegeben hatten, dass sie in einem der 206 aufgeführten Hotels übernachten wollten.

In einer Erklärung an die Presseagentur Associated Press vom 27. September äußerte sich die Weltbank zu Risiken im Bankensektor im Falle einer Vereinigung Zyperns. Aufgrund der geringen Größe türkisch-zypriotischer Finanzinstitute würde deren Integrierung in ein einziges Bankensystem Risiken nicht erhöhen. Die Einlagen bei den türkisch-zypriotischen Banken liegen bei insgesamt 5 Milliarden Euro (5,89 Milliarden US-Dollar), was weniger als 6% der Gesamteinlagen der Banken in der Republik Zypern entspricht, die bei ca. 95 Milliarden Euro (112 Milliarden US-Dollar) liegen. Die größte Bank im Norden hält einen Anteil von 20% am Bankensektor, was weniger als 2% des gesamten Sektors der Republik Zypern entspricht. Nach

Angaben der Weltbank würden die Vorteile einer Vereinigung die Kosten überwiegen. Außerdem würde die Zusammenlegung der Wasser- und Energieversorgung sowie des Transports Investitionsmöglichkeiten in Höhe von 1,1 Milliarden Euro (1,3 Milliarden US-Dollar) innerhalb der ersten zwei bis drei Jahre nach der Vereinigung schaffen. Der Zustand der angeschlagenen türkisch-zypriotischen Banken war ein wichtiger Faktor bei den im Juli gescheiterten Vereinigungsverhandlungen.

Laut eines am 28. September veröffentlichten Berichts des Forschungsinstitutes Business Monitor International (BMI) sei es unwahrscheinlich, dass es nach den Präsidentschaftswahlen im Januar 2018 einen Durchbruch bei den Zyperngesprächen geben werde. Das Scheitern der Gespräche im Juli 2017 habe die ohnehin schon geringen Chancen auf eine dauerhafte Wiedervereinigung der Insel äußerst unwahrscheinlich werden lassen. BMI ist Teil der Ratingagentur Fitch und erstellt makroökonomische, Industrie- und Finanzanalysen für 24 Branchen und 200 globale Märkte.

In seinem Bericht über die Guten Dienste der UN-Mission in Zypern kam der UN-Generalsekretär Antonio Guterres zu dem Schluss, dass in Crans Montana die einmalige Gelegenheit zur Lösung der Zypernfrage versäumt worden sei. Obwohl ein allgemeines Einvernehmen über ein Abkommen bestand, stand dem Durchbruch gegenseitiges Misstrauen und ein geringer politischer Wille auf beiden Seiten im Weg. Der auf den 28. September datierte Bericht bezog sich auf den Zeitraum von Mai 2015 bis August 2017 und wurde dem UN-Sicherheitsrat am 29.

September vorgelegt. Laut Guterres hätten beide Parteien kurz vor dem Erreichen einer strategischen Vereinbarung in Sicherheits- und Garantiefrage sowie in anderen noch ausstehenden Kernbereichen einer umfassenden Lösung gestanden. Guterres forderte die politische Führung auf beiden Seiten zum wiederholten Male auf, über die nächsten Schritte nachzudenken und festzulegen, ob und wann die Bedingungen für einen sinnvollen Prozess in der näheren Zukunft gegeben seien. Guterres schlug vor, dass künftig strategische Entscheidungen in den wichtigsten, noch ausstehenden Fragen getroffen werden sollten; Details könnten dann zu einem späteren Zeitpunkt von den technischen Komitees ausgearbeitet werden. Im Kapitel „Derzeitiger Stand“ erklärte Guterres, dass in allen sechs Verhandlungskapiteln, auch bei den Konvergenzen und den noch offenen Fragen, Fortschritte gemacht worden seien. Guterres gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass nicht noch mehr Grenzübergänge geschaffen worden seien und es den beiden Seiten nicht gelungen sei, frühere Vereinbarungen hinsichtlich der Zusammenlegung der beiden Elektrizitätsnetze und der Interkonnektivität der Mobilnetzwerke umzusetzen, während er gleichzeitig forderte, dass die Arbeit der technischen Komitees fortgeführt werden müsse. In der detaillierten Darstellung der Ereignisse in Crans Montana, welche auch seine Vorschläge beinhaltete, vermied es Guterres im Allgemeinen, auf die Einzelheiten des letzten Abends der Konferenz und seiner privaten Treffen mit den verschiedenen Parteien einzugehen. Trotz einer positiven Stimmung und konstruktiven Statements am Eröffnungstag der

Konferenz wurde schnell deutlich, dass echte Fortschritte nur unter Schwierigkeiten zu erreichen seien, da die Parteien an den verschiedenen Verhandlungstischen nicht willens waren, einen Kompromiss einzugehen. Um dieses Dilemma zu lösen, habe Guterres den beiden Parteien am 30. Juni Rahmenbedingungen (die sogenannten „Guterres Rahmenbedingungen“) vorgelegt, wonach die sechs noch ausstehenden, wichtigen Fragen während der Verhandlungen als Teil eines endgültigen Pakets gleichzeitig gelöst werden sollten. Mit diesem Vorgehen hätten beide Parteien am Ende der Konferenz praktisch eine Einigung über die föderale Regierung und effektive Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen erreicht, mit der Ausnahme minimaler Differenzen hinsichtlich des Status von griechischen und türkischen Staatsbürgern. Guterres beschrieb auch die Einigungen hinsichtlich Eigentums- und Gebietsfragen sowie seine Vorschläge bei den Sicherheits- und Garantiefragen. Dabei sollten beide Seiten Vorschläge im Hinblick auf das derzeitige Garantiesystem und insbesondere auf Artikel vier des Garantiemächtevertrages unterbreiten, welcher sich auf das einseitige Interventionsrecht beziehe und als „unhaltbar“ bezeichnet wurde. Guterres schlug ebenfalls ein neues Sicherheitssystem für Zypern sowie ein glaubwürdiges Rahmenkonzept vor, um die Einhaltung des Vertrags zu überprüfen. Hier sollten auch die Garantiemächte einbezogen werden.

Die Stationierung griechischer und türkischer Soldaten in Zypern betreffend sollte eine Vereinbarung auf höchster politischer Ebene unter Einbeziehung der Regierungschefs der drei Garantiemächte getroffen werden. Am 6. Juli

kehrte Guterres nach Crans Montana zurück, um den Parteien zu helfen, bei den sechs ausstehenden Fragen ein strategisches Einvernehmen zu finden. Erst zu diesem Zeitpunkt seien die wichtigsten Elemente in Betracht gezogen worden. Es schien jedoch, als ob ein Übereinkommen möglich sei. Während bilateraler, vertraulicher Gespräche seien wichtige Positionen und Anzeichen für mögliche Zugeständnisse von den entsprechenden Parteien vorgelegt worden, insbesondere bei den Themen Sicherheit und Garantien. Es wurde jedoch wiederholt hervorgehoben, dass dies ein Teil jenes Gesamtpakets sein sollte, das Guterres vorgelegt habe. Während eines Abendessens habe er den Leitern der Delegationen mitgeteilt, dass es ein breites Einvernehmen hinsichtlich der Bedingungen einer strategischen Vereinbarung gebe. Er habe den Parteien zusätzlich einen Entwurf vorgelegt, in welchem der Rahmen für eine mögliche Überwachung der Umsetzung festgelegt worden sei. Dieser Entwurf sei jedoch nicht Teil eines Programmpapiers gewesen. Obwohl eine Entscheidung zum Greifen nahe schien, konnten sich die beiden Parteien aufgrund fehlenden Vertrauens und geringem politischen Willen nicht einigen, folgerte Guterres.

Der Bericht enthält auch Informationen über die Gespräche in Mont Pelerin und die Zypernkonferenz vom 12. Januar 2017 in Genf.

In Mont Pelerin hätten die Volksgruppenvertreter in der ersten Runde einen „bedeutenden Durchbruch“ erreicht, was die prozentuale Gebietsverteilung betreffe. In der zweiten Runde konnten jedoch keine weiteren Fortschritte in der Gebietsfrage erreicht werden. Guterres

bericht beinhaltete auch die Entscheidung des griechisch-zypriotischen Parlaments, einen Gedenktag für das 1950 stattgefunden Referendum über die Vereinigung Zyperns mit Griechenland (Enosis) einzuführen, welches eine zweimonatige Unterbrechung der Gespräche zur Folge hatte, was Guterres als einen „Rückschritt“ bezeichnete.

2. Gasvorkommen

Im Rahmen einer Präsentation mit dem Energieminister der Republik Zypern Giorgos Lakkotrypīs am 6. September in Nikosia, gab der Vize-Präsident von ExxonMobil für Europa, Russland und das Kaspische Meer, Tristan Aspray, bekannt, dass das Unternehmen in der zweiten Jahreshälfte 2018 zwei Bohrungen in der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns plane. Er schloss die Möglichkeit nicht aus, dass sich das Unternehmen bei entsprechenden Ergebnissen an dem Bau eines LNG-Terminals (LNG=Flüssigerdgas) in Zypern beteiligen werde. ExxonMobil und Qatar Petroleum gewannen die Ausschreibung für Block 10 in der dritten Öl- und Gasvergabenrunde. Der erfolgreiche Abschluss der Gespräche mit den beiden Unternehmen könnte Zyperns Zugang zu der amerikanischen Regierung möglicherweise erleichtern, da der derzeitige amerikanische Außenminister Rex Tillerson zuvor in der Führung des Energieunternehmens ExxonMobil tätig war.

Energieminister Giorgos Lakkotrypīs teilte am 12. September mit, dass die Onisiforos-Quelle, die sich innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns befindet, Schätzungen

zufolge weniger als eine halbe Trillion Kubikfuß Gas habe. Lakkotrypis sagte in einer Pressekonferenz, dass die durch das italienische Unternehmen ENI und das französische Unternehmen Total durchgeführten Bohrungen in Block 11 ergeben hätten, dass die Reserven kein wirtschaftlich eigenständiges Projekt sein könnten. Die Ergebnisse seien jedoch positiv zu bewerten, da damit das Vorhandensein von Gasvorkommen und einem Karbonatreservoir - ähnlich jenem in dem ägyptischen Zohr-Feld - bestätigt werde.

Nach Berichten der Tageszeitung Phileleftheros plant die Regierung den Bau eines Stegs in der Nähe des Hafens von Vassilikos, um eine schwimmende Lagerstätte für Flüssiggas zur Stromgewinnung zu beherbergen. Plänen zufolge soll Zypern ab Ende 2019 Flüssiggas importieren. Das staatliche Elektrizitätsunternehmen EAC soll bis dahin die technischen Voraussetzungen schaffen, damit die Generatoren ab 2020 mit Flüssiggas betrieben werden können. Die Baukosten für den Steg sowie ein Schutzgebäude für die schwimmende Lagerstätte und eine Wiederverdampfungsanlage belaufen sich schätzungsweise auf 340 Millionen Euro.

Das staatliche Gasunternehmen Natural Gas Public Company, das im Rahmen bestehender Gesetze das Monopol für die Gaseinfuhr in Zypern hat, zog im Hinblick auf die für Anfang 2018 geplanten Ausschreibungen für Gaslieferanten und den Bau der Mole bereits Berater hinzu. Die EU kann bis zu 75% der Kosten mit Hilfe der Connecting Europe Facility kofinanzieren.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 13. September stimmte das Kabinett dem von der Regierung vorgelegten Etat für 2018 zu, welcher Ausgaben von mehr als 7,5 Milliarden Euro und Einnahmen von mehr als 7,7 Milliarden Euro basierend auf beschleunigten Wachstumsraten vorsieht. Den Vorschlägen, die dem Kabinett durch das Finanzministerium vorgelegt wurden, wird eine 3,4%ige Zunahme von Einnahmen und Ausgaben mit einem fiskalischen Überschuss von 1% des BIP zugrunde gelegt. Das Ministerium ging ursprünglich von einem Überschuss von 0,2% für dieses Jahr aus, revidierte jedoch den Überschuss auf 0,9% im Vergleich zu 0,4% im Vorjahr. Die Wirtschaft soll 2017 um 3,6% wachsen, während die Prognose ursprünglich von einem 2,9%igen Wachstum ausging. Wie das Ministerium mitteilte, soll die Wachstumsrate 2018 auf 3% sinken und 2019 und 2020 bei 2,7% liegen. Im kommenden Jahr soll die Inflationsrate von derzeit 1,1% auf 1% abnehmen und sich 2019 auf 1,5% und 2020 auf 2% erhöhen. Als Folge dieser Entwicklungen soll die Staatsverschuldung von 107,8% im Jahr 2016 auf 103% Ende 2017 fallen. Die Arbeitslosenrate soll 2018 von derzeit 11% auf 9,5% sinken und 2019 bei 8% liegen, während das Ministerium für 2020 Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosenrate von 6,5% voraussagt. Trotzdem betonte das Finanzministerium, dass die Wirtschaft, die 2015 nach einer langen Rezession wieder ein Wachstum verzeichnen konnte, in einer besseren Verfassung sei. Dennoch könne

das Wachstum durch innenpolitische und externe Risiken negativ beeinflusst werden.

Am 16. September beließ die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit Zyperns bei BB+, was immer noch eine Stufe unter dem Investment-Grade Bereich ist. Der Ausblick wurde jedoch von stabil auf positiv erhöht, was mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und einem höheren Wirtschaftswachstum als vorausgesagt begründet wurde. Finanzminister Harris Georgiades begrüßte die neueste Einstufung.

Nach Angaben der zypriotischen Zentralbank nahm der Umfang der notleidenden Kredite im Mai um 127,2 Millionen Euro ab und lag bei 23 Milliarden Euro, was 46,2% des gesamten Kreditvolumens entspricht. Dies lässt sich vor allem auf eine Abnahme von Unternehmenskrediten zurückführen. Des Weiteren erhöhten sich die Einlagen bei den zypriotischen Banken im August um 427 Millionen Euro auf 49,1 Milliarden Euro innerhalb eines Monats. Das Kreditvolumen fiel gleichzeitig um 107 Millionen Euro auf 52,9 Milliarden Euro, was die Liquiditätsengpässe bei den Banken auf 3,8 Milliarden Euro senkte und dem niedrigsten Stand seit Februar 2013 entspricht.

Die Vertreter der Troika kamen zu einer Überprüfung nach Ablauf des Bail-Out Programms nach Zypern. Die Repräsentanten der Troika² trafen sich mit Vertretern des Finanzministeriums, der zypriotischen Zentralbank, der kom-

merziellen Banken und anderer Institutionen und Unternehmensgruppen wie die Handels- und Industriekammer, Arbeitgeber- und Industrieverbände sowie dem Institut amtlich zugelassener Wirtschaftsprüfer. Die Troika-Vertreter überprüften die zypriotischen Banken und informierten sich über den Stand der notleidenden Kredite. Zudem wurden die Fortschritte zur Reform des öffentlichen Dienstes, des Gesundheitswesens und des Insolvenzrahmens überprüft, bevor die Gruppe am 29. September wieder abreiste. Die Überprüfungen sollen solange fortgeführt werden, bis Zypern 75% der 7,2 Milliarden Euro aus dem Bail-Out Fond zurückgezahlt hat.

Nach Angaben des Statistischen Dienstes der Europäischen Kommission fiel die Arbeitslosenrate im August auf 10,7% im Vergleich zum Vorjahresmonat, wo die Arbeitslosenrate bei 13,1% lag. Dies ist der größte Rückgang innerhalb der EU. Im August waren 46.000 Menschen ohne Arbeit.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 15. September gab das Zentralkomitee der AKEL auf einem außerordentlichen Parteitag bekannt, dass die Partei den unabhängigen Kandidaten Stavros Malas in den im kommenden Januar stattfindenden Präsidentschaftswahlen unterstützen werde. Wie erwartet, wurde Malas während des panzyprischen Parteikongresses am 17. September mit 955 von 963 Stimmen nominiert.

Der Parteivorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, und Präsidentschaftskandidat Malas be-

² Die Troika setzt sich aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammen.

schuldigten Präsident Anastasiades, dass er in seinem Streben nach Wiederwahl die Zyperngespräche sabotiert habe. Ähnlich hatte sich zuvor Toumazos Tsielepis, ein Mitglied des Verhandlungsteams, geäußert. Laut Tsielepis sei im Juli in Crans Montana eine realistische Chance für eine Lösung nicht wahrgenommen worden. Ausländische Diplomaten kritisierten Anastasiades nach der gescheiterten Konferenz in Crans Montana heftig und beschuldigten ihn „einen großartigen Deal“ ausgeschlagen zu haben. Sie bezogen sich damit auf den von UN-Generalsekretär Antonio Guterres vorgeschlagenen Plan, welcher die Abschaffung der Garantie- und Interventionsrechte sowie eine beträchtliche Reduzierung der in Zypern stationierten ausländischen Soldaten vorsah. Anastasiades wies die Kritik zurück und bestand auf seine Sicht der Dinge, wonach diese sogenannte einmalige Chance durch die türkische Unnachgiebigkeit vertan wurde. Die Türkei habe auf ihrem Garantie- und Interventionsrecht sowie der dauerhaften Stationierung von 1,800 türkischen Soldaten in Zypern bestanden. Es gab jedoch Enthüllungen, wonach ein von UN-Generalsekretär Guterres während eines Arbeitsessens am letzten Tag der Schweizer Konferenz vorgelegtes Dokument, das ein Instrument zur Aufhebung des 1960 verfassten Garantiemächtevertrages hätte sein können, nicht genügend diskutiert worden sei. Guterres Vorschlag beschrieb einen Mechanismus für die Umsetzung einer vereinbarten Lösung, welche der UN-Friedensmission in Zypern eine Kontrollfunktion zugeschrieben hätte, indem sie direkt dem UN-Generalsekretär unterstellt gewesen wäre. Die Garantiemächte Türkei, Griechenland

und das Vereinigte Königreich hätten demnach eine beratende Funktion ohne Exekutivbefugnisse ausgeübt. Tsielepis sagte dem Radiosender Politis am 26. September, dass Guterres Vorschlag vorteilhaft für die griechisch-zypriotische Seite gewesen sei. Demnach sei die Sicht des UN-Generalsekretärs, der EU, der Briten, Griechen und die der griechischen Zyprioten eindeutig gewesen: die Garantie- und Interventionsrechte sollten im Falle einer Lösung durch den vorgeschlagenen Mechanismus ersetzt werden. Tsielepis widersprach der Darstellung der Regierung, wonach der Vorschlag nicht während des letzten Abendessens in Crans Montana diskutiert werden konnte, da kein umsetzbare Lösung gefunden worden sei. Guterres Vorschlag sei bereits einige Tage zuvor vorgelegt worden und sei sehr deutlich im Hinblick auf Sicherheits- und Garantiefragen gewesen. Demnach hätten der Garantiemächtevertrag und die Interventionsrechte aufgehoben werden sollen. Der Mechanismus sei bekannt gewesen und spiegelte die Sicht der internationalen Gemeinschaft wider. Das heißt sowohl der Rahmen wie auch der vorgeschlagene Mechanismus seien den Argumenten der griechisch-zypriotischen Seite sehr ähnlich gewesen. Der griechisch-zypriotische Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis bestätigte die Existenz des Dokuments erklärte jedoch, dass der darin enthaltene Vorschlag - abgesehen von wenigen kurzen Kommentaren - wegen der zunehmend hitzigen Debatte über die Garantie- und Interventionsrechte sowie die Truppenstärke nie ausgiebig diskutiert worden sei. Nach Mavroyiannis habe die Türkei das Dokument nicht akzeptiert, da deren wichtigste Forderung

nach einer exekutiven Funktion der Garantiemächte bei der Kontrolle zur Umsetzung der Lösung nicht in Betracht gezogen worden sei. Auch Anastasiades gab an, dass der Vorschlag aufgrund der intensiven Diskussion über Garantie- und Interventionsrechte sowie Truppenstärke nicht diskutiert worden sei. Man habe nur kurz und oberflächlich über das Dokument gesprochen. Der Vorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, sagte er sei sehr überrascht gewesen, als er von der Existenz des Dokuments gehört habe. DIKO-Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat Nicolas Papadopoulos behauptete ebenfalls, dass die Oppositionsparteien nicht über das Dokument informiert worden seien, betonte jedoch, dass die Türkei es ohnehin abgelehnt hätte. Averof Neophytou, der Vorsitzende der DISY, wies die Kritik, dass der Präsident die Parteien nicht über den Inhalt des Dokuments informiert habe, zurück. Neophytou erklärte, dass der Nationale Rat insgesamt drei Mal über die Existenz und den Inhalt des Dokuments informiert worden sei.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Das Amt für Arbeitsschutz führte im September eine Inspektionskampagne in der Getränke- und Lebensmittelindustrie durch, die darauf abzielte, Ursachen für Arbeitsunfälle und Erkrankungen ins Bewusstsein zu rücken. Gleichzeitig sollte auch auf Vorsichtsmaßnahmen und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen aufmerksam gemacht werden.

Die Zahl der Arbeitsunfälle stieg von 1596 im Jahr 2015 auf 1905 im Jahr 2016 an. Die meisten Unfälle ereigneten sich im Hotel- und Gast-

ronomiegewerbe. Die Gewerkschaft PEO sieht die Gründe für den Anstieg -- von 865 im ersten Halbjahr 2016 auf 1.053 Unfälle im ersten Halbjahr 2017 -- in der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Durch die Profitgier hätten sich die Arbeitsbedingungen allgemein zuungunsten der Sicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen verschärft. Laut PEO reichten die Informationskampagnen nicht aus, um das Problem zu bekämpfen. Das Ministerium müsse einen umfassenden Plan vorlegen, der auch hohe Geldstrafen für diejenigen Arbeitgeber vorsähe, die gegen die gesetzlichen Sicherheitsvorschriften verstießen.

Der Finanzminister erklärte, dass das gesetzliche Mindesteinkommen in Zypern, welches sich nur auf neun Berufszweige bezieht, zu hoch sei und übernahm somit die Position des Arbeitgeberverbandes, was eine starke Reaktion von allen Gewerkschaften hervorrief. Im Unterschied zum Finanzministerium hatte das Arbeitsministerin seit Beginn der derzeitigen Legislaturperiode derartige Kommentare vermieden. Von PEO folgte die deutlichste Reaktion; die Gewerkschaft mahnte an, dass Zypern innerhalb der EU an erster Stelle bei Gehaltskürzungen und zunehmender sozialer Ungleichheit stehe. Wenn die Regierung weiterhin das Mindesteinkommen kürze, werde dies als ein neuer Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung gewertet. In diesem Falle würden sich die Gewerkschaften gegen die Regierung stellen und Konfrontationen nicht scheuen, gab PEO bekannt

Der Finanzminister erklärte, dass ein ausgeglichener Haushalt für die Regierung höchste Prio-

rität habe und es daher möglicherweise keine Gehaltserhöhungen für die Angestellten im halbstaatlichen Bereich gebe. Laut PEO und SEK stelle dies jedoch eine Missachtung der im Januar getroffenen Vereinbarung dar. Die Gewerkschaftsführer forderten ein Treffen, um diese Frage „reibungsfrei“ zu klären, während sie sich gleichzeitig bereits die Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder für mögliche Streiks sicherten.

Die Arbeitskosten pro Stunde nahmen im zweiten Halbjahr 2017 um 0,4% zu. In der Eurozone lag die Zunahme im gleichen Zeitraum bei 1,8%, in der EU bei 2,2%.

Die Öffnung bisher eingefrorener Beförderungen im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt, da das Parlament jede Woche neue Anträge von den unterschiedlichen Abteilungen erhält. PEO klagte in einer Erklärung die Gemeindeverwaltung für die Vergabe von Unteraufträgen an, nachdem das Finanzministerium Neueinstellungen verboten hatte.

Die Gewerkschaft des medizinischen Pflegepersonals PASINO, sowie die entsprechende Abteilung der Gewerkschaft PASYDY und der Ärzteverband PASYKY hielten am 28. September einen zweistündigen Streik in den Notaufnahmen aller Krankenhäuser ab, um gegen einen tätlichen Angriff gegen zwei Krankenschwestern zu protestieren. Nach Angaben von Vertretern des medizinischen Pflegepersonals sei dies kein Einzelfall gewesen. Die Regierung müsse ihrer Verantwortung gerecht werden und entsprechende Maßnahmen zum Schutz des Pflegepersonals umsetzen.

Sowohl PEO wie auch SEK kritisierten einen Gesetzesentwurf der Regierung hinsichtlich der Einstellungsbedingungen für zeitlich begrenzte und unbegrenzte Arbeitsverhältnisse im halbstaatlichen Bereich. Die Gewerkschaften erklärten, dass aufgrund des Entwurfs die Einschränkungen, Aufgaben und Verantwortungsbereiche der Angestellten im halbstaatlichen Bereich jenen der Beamten gleichgestellt würden, ihnen jedoch Rechte und Sozialleistungen, die mit dem Beamtenstatus einhergehen, vorenthalten würden (Urlaubstage, Krankschreibungen Pensionen usw.).

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Premierminister Hüseyin Özgürgün habe seine Regierung zahlreiche Schritte und Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unternommen. Seit seine Partei regiere, habe das Finanzministerium zahlreiche Zahlungen an die Privatwirtschaft für die zur Verfügung gestellten Güter und Dienstleistungen geleistet. Zum ersten Mal sei der Haushalt ausgeglichen, was sich positiv auf die Wirtschaft auswirke. Der Minister für Arbeit und Soziales, Hamza Ersan Saner, erklärte, dass das Amt für Sozialversicherungen, welches in der Vergangenheit Zahlungsschwierigkeiten gehabt hätte, unter der Regierungskoalition von UBP und DP, in der Lage sei, die Renten ohne Bankdarlehen zu zahlen.

Im Gegensatz dazu stehen die Umfragewerte des Zentrums für Migrations-, Identitäts- und Rechtsstudien (CMIRS) von Juli 2017. Demnach seien fast 90% der Befragten der Meinung, dass „sich die Situation in der „TRNZ“ verschlechtert“, während 70% glaubten, dass sich die wirtschaftliche Situation in den vergangenen zwei Jahren verschlimmert habe. Die Befragten erklärten, dass ihnen die Wirtschaft -- wie bereits in der April-Umfrage -- die größten Sorgen bereite, sagte Mine Yucel, die Direktorin des CMIRS. Sie betonte weiterhin, dass die Befragten etwas optimistischer hinsichtlich ihrer persönlichen Situation seien, jedoch was wirtschaftliche Zukunft des Landes betreffe pessimistisch blieben. Laut Yucel gehen 43,49% davon aus, dass sich ihre persönlichen Aussichten in den kommenden zwei Jahren verschlechtern werden, während 46,48% das Gefühl hätten, dass sich nichts ändern werde.

Beziehungen zur Türkei

Der stellvertretende Premierminister für Zypernangelegenheiten der Türkei, Recep Akdag, besuchte die „TRNZ“, um der Abschlussitzung des Strukturänderungsprogramms beizuwohnen. Während der Sitzung kritisierte Akdag, dass der Prozess zu langsam verlaufe; von insgesamt 78 Projekten seien lediglich 10 abgeschlossen worden. Es gebe zwar Fortschritte in 22 Projekten, jedoch nicht genug in den 46 anderen Projekten. Man müsse schneller und effizienter vorgehen. Akdag lobte die Erfolge bei den öffentlichen Finanzen und betonte, dass die Disziplin der Behörden vorbildhaft sei. Der gleiche Einsatz solle nun auch in anderen Bereichen

gezeigt werden, in denen strukturelle Reformen durchgeführt würden.

Der Minister für Arbeit und Soziales, Hamza Ersan Saner, besuchte seinen türkischen Amtskollegen in Ankara. Saner teilte mit, dass man wichtige Schritte in der bilateralen Zusammenarbeit erreicht habe. Diese beträfen unter anderem die Vorbereitung einer neuen Regulierung zum Arbeitsschutz, den Informationsaustausch zwischen den Ländern sowie die Erstellung einer allgemeinen Krankenversicherung und die Eingliederung der bestehenden Sozialversicherungsgesetzgebung in diese. Des Weiteren seien die Regelungen zur Zusammenführung von jungen Arbeitslosen und Arbeitgebern formuliert worden. Außerdem werde diskutiert, wie vor der Einführung der Krankenversicherung ein Fond geschaffen werden könne.

Auch der Innenminister Kutlu Evren besuchte Ankara. In einem Interview mit dem Sender BRT sagte er, dass unter anderem ein Kooperationsprotokoll mit dem türkischen Innenminister unterzeichnet worden sei, um ein Sicherheitssystem in den Innenstädten der „TRNZ“ einzuführen, welches 544 Kameras an 169 Orten beinhalte. Die „TRNZ“ benötige die gleichen Sicherheitsmaßnahmen wie andere Orte in der Welt. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf 52 Millionen TL (12 Millionen Euro) und werden von der Türkei übernommen. Des Weiteren habe Evren ein Protokoll mit dem stellvertretenden Premierminister Bekir Bozdog zum Bau eines neuen Zentralgefängnisses unterschrieben. Die sei die letzten acht bis zehn Jahre in Planung gewesen.

In einem Interview mit der Anatolian News Agency kündigte der türkische Minister für Wald- und Wasserwirtschaft, Veysel Eoglu, die Unterzeichnung eines Vertrages zum Bau eines Tunnels an. Der Tunnel, dessen Baukosten bei 101 Millionen TL (23,5 Millionen Euro) liegen, soll die Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen in Mesaoria und Morfou mit Hilfe des aus der Türkei kommenden Wassers ermöglichen.

Der stellvertretende Premierminister und Finanzminister Serdar Denktaş traf sich in Ankara mit dem türkischen Finanzminister Naci Agbal, dem Minister für Jugend und Sport, Osman Askin Bak, sowie dem stellvertretenden Premierminister für Zypernangelegenheiten, Recep Akdag. Ziel der Zusammenkunft war es, vorläufige Treffen vor dem neuen Haushaltsjahr abzuhalten und jene Bereiche des Protokolls zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu diskutieren, die überprüft werden müssen.

Innenpolitische Entwicklungen

Parlamentssprecherin Sibel Siber erklärte während eines Besuchs der Ombudsfrau Emine Dizdarli, dass eines der größten Probleme des Landes darin bestehe, dass es keine Kontroll- und Regulierungsbehörden gebe und dies das Vertrauen der Öffentlichkeit in die staatlichen Behörden beschädige. Laut Dizdarli sei die Zahl der an ihrer Behörde eingegangenen Anträge in den letzten Jahren enorm gestiegen, was ein Beweis für das wachsende Vertrauen der Bevölkerung in ihre Behörde sei. Anhand der Beschwerden sei klar erkennbar, welche staatlichen Behörden und Abteilungen nicht funktio-

nierten. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres erhielt die Behörde laut eines Halbjahresberichts 59 Beschwerden. Im Vorjahr gingen 114 Beschwerden ein. 2015 wurden 33 Anträge gestellt, während 2014 nur zwei, 2013 vier und 2012 17 Beschwerden eingingen. Die meisten Beschwerden betrafen das Innenministerium (16 Anträge) und hätten Streitfälle vor dem Grundbuchamt im Zusammenhang mit Eigentumstitel zum Gegenstand.

Der stellvertretende Justizminister Ergul Kizilokgil gab an, dass mindestens 300 Zivilisten im Norden Zypern im Verdacht stehen, Verbindungen zur Gülen-Organisation zu haben, welche von Ankara beschuldigt wird, hinter dem fehlgeschlagenen Putschversuch im letzten Jahr zu stehen.

In einer Erklärung des Büros von Präsident Akinci wurde dargelegt, dass es gute Gründe für die Entlassung von Beamten geben müsse. Dies war eine Antwort auf den Brief des Premierministers an Akinci, in welchem die Entlassung des Direktors der Religionsbehörde, Talip Atalay, gefordert worden war. Man habe keine Beweise sondern lediglich Anschuldigungen von der Regierung erhalten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Mitglieder der Gewerkschaft für Angestellte des öffentlichen Dienstes (KTAMS) streikten einen Tag lang, um auf die Arbeitsbedingungen in der Kraftfahrzeug- und Führerscheinzulassungsstelle in Nikosia zu protestieren. Der Vorsitzende der KTAMS, Ahmet Kaptan, kündigte an, dass die Streiks bis zur Lösung der bestehenden Probleme fortgesetzt würden. Er beschuldigte

darüber hinaus den Minister für Transport, dass Angestellten mit Entlassungen gedroht werde oder Angestellte auf andere Posten versetzt würden, statt die Probleme zu lösen. Laut Berichten der Tageszeitung Kibris werde die Behörde vernachlässigt, obwohl sie der Regierung Einnahmen von täglich einer halben Million TL einbringe. Unzufriedene Autofahrer berichteten der Zeitung von Wartezeiten von über zwei Stunden, um die notwendigen Unterlagen auszufüllen und dass das Gebäude „ungeeignet“ und „vernachlässigt“ sei. Die Papiere würden von den Angestellten einfach „in Regale gestopft“. Die Angestellten der Behörde beschwerten sich ihrerseits, dass sie versuchten, einen Datenbestand von 200.000 Kraftfahrzeugen und deren Besitzern mit einem „antiquierten“ Computersystem zu verwalten.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Oktober

Montag, 02.10.17, 9:00 – 16:30

PRIO Cyprus centre / Atlantic Council / IAI / FES
Konferenz

**Eastern Mediterranean Energy:
Moving Forward**

Goethe Institut - UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



November

Mittwoch, 01.11.17, 18:00 – 20:00

Cyprus NGO Initiative on Law Reform / NGO
Support Centre / FES
Präsentation der Gesetzesänderung

**Neue Gesetzgebung für
Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen**

The Classic Hotel
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 09.11.17, 9:00 – 18:00

PRIO Cyprus Centre / FES
Konferenz

Turkish Settlers

Home for Cooperation - UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 16.11.17, 9:00 – 18:00

PRIO Cyprus Centre / FES
Konferenz

**National, International and Human security in
the Eastern Mediterranean**

Home for Cooperation - UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 23.11.17, 15:00 – 17:00

Cyprus NGO Initiative on Law Reform / NGO
Support Centre / FES

Präsentation der Gesetzesänderung

Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen

The United Kingdom Citizens Association Social
Club,
Chlorakas Avenue, 8220 Paphos, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 23.11.17, 18:00 – 20:00

Cyprus NGO Initiative on Law Reform / NGO
Support Centre / FES
Präsentation der Gesetzesänderung

Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen

Amphitheater der Neapolis Universität Paphos
2 Danais Avenue, 8042 Paphos, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com